

**Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktionen der SPD und der CDU

**Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus sechs Mitgliedern und sechs stellvertretenden Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, mit dem Auftrag, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes zu untersuchen, wie es zu der mutmaßlichen groben Vernachlässigung der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung im Fall des tot aufgefundenen zweijährigen Jungen kommen konnte, ob bzw. inwiefern dies strukturelle Ursachen hat. Über das Ergebnis der Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf:

- Ursachen des mutmaßlichen Versagens der zuständigen Behörden im Fall des zweijährigen Kevin,
- den Umgang mit ähnlichen Fällen,
- die Wahrnehmung der Steuerungs- und Kontrollfunktion durch die zuständigen Behörden,
- Auswirkungen der personellen Kürzungen und der Budgetierung der Leistungen im Jugendhilfebereich,
- Umgang mit Hinweisen und Anzeigen von Dritten,
- Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden und Senatsressorts im Fall Kevin und grundsätzlich bei Inobhutnahme und amtlicher Vormundschaft,
- Konsequenzen aus den Untersuchungen, insbesondere mit Aussagen über Verbesserung der Steuerung und Struktur des Amtes für Soziale Dienste.

Dabei sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- die Umsetzung des neuen § 8 a KJHG (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung) in Verwaltungshandeln,
- ob fachliche und oder dienstliche Weisungen der Aufsichtsbehörde zur Gefährdung des Kindeswohls beigetragen haben,
- Spannungsfeld zwischen fachlichen Gutachten und dienstlichen oder fachlichen Weisungen,
- Umgang der Fallkonferenzen mit strittigen Fällen,

- Betreuung von Risikofamilien, durch z. B. Familienhebammen und andere soziale Dienste,
- mutmaßliches Versagen von Kontrollsystemen trotz zahlreicher Hinweise.

Jens Crueger	Gerlinde Berk	Sandra Ahrens
Dr. Matthias Güldner	Sybille Böschen	Silke Allers
Doris Hoch	Winfried Brumma	Michael Bartels
Jan Köhler	Birgit Busch	Rainer Bensch
Karin Krusche	Thomas Ehmke	Paul Bödeker
Peter Lehmann	Carmen Emigholz	Dieter Focke
Karoline Linnert	Karin Garling	Hans-Georg Gerling
Dr. Karin Mathes	Jens Görtz	Rolf Herderhorst
Klaus Möhle	Wolfgang Grotheer	Frank Imhoff
Dirk Schmidtman	Martin Günthner	Erwin Knäpper
Silvia Schön	Ulrike Hövelmann	Sigrid Köstermann
Anja Stahman	Gule Iletmis	Dr. Rita Mohr-Lüllmann
	Wolfgang Jägers	Karl Uwe Oppermann
	Reimund Kasper	Hartmut Perschau
	Karin Kauertz	Klaus Peters
	Werner Kirschstein	Helmut Pflugradt
	Hermann Kleen	Bernd Ravens
	Andreas Kottisch	Claas Rohmeyer
	Uta Kummer	Brigitte Sauer
	Marlies Marken	Dr. Wolfgang Schrörs
	Karin Markus	Sandra Speckert
	Renate Möbius	Dr. Iris Spieß
	Rainer Nalazek	Heiko Strohmann
	Manfred Oppermann	Karin Tuczec
	Insa Peters-Rehwinkel	Annedore Windler
	Jürgen Pohlmann	Sibylle Winther
	Ingrid Reichert	
	Frank Schildt	
	Margitta Schmidtke	
	Dr. Joachim Schuster	
	Gisela Schwarz	
	Dr. Carsten Sieling	
	Björn Tschöpe	
	Edith Wangenheim	
	Christian Weber	
	Cornelia Wiedemeyer	
	Christine Wischer	
	Helga Ziegert	